

Editorial

Ungleichheit in der Krise

Die soziale Ungleichheit in Europa wird mit dem Anhalten der Krise zunehmend heftiger diskutiert, denn ihre Folgen werden immer stärker sichtbar. Ohne gegensteuernde Maßnahmen wird die ohnehin große Kluft zwischen Arm und Reich weiter zunehmen und damit die sozialen Spannungen. Mit dem EU-weiten Versuch, Steueroasen zu schließen und Steuerbetrug und -umgehung zu bekämpfen, wird ein erster wichtiger Schritt getan, um die Ungleichheit zu begrenzen. Genug für einen Richtungswechsel ist dies allerdings noch nicht.

In den ersten drei Jahren der Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Ungleichheit der Bruttohaushaltseinkommen laut neuesten Daten der OECD stärker angestiegen als in den zwölf Jahren zuvor. Die Daten belegen auch, dass ärmere Haushalte über die Krisenjahre entweder mehr verloren oder weniger gewonnen haben als reichere Haushalte. In 21 von 33 OECD Ländern, für die Daten vorliegen, verlief die Einkommensentwicklung für die 10% der Bestverdienenden besser als für jene 10% mit dem geringsten Einkommen. Das wurde auch für Österreich festgestellt: Hier haben in den letzten Jahren nur die Besserverdienenden gewonnen. Deutschland hingegen entwickelte sich entgegen dem Trend. Das verfügbare Haushaltseinkommen steigerte sich bis 2010 sowohl für Gut- als auch für GeringverdienerInnen, wenn auch in sehr bescheidenem Ausmaß.

Der Anteil jener Haushalte, die nach OECD-Definition als einkommensarm gelten, also unter 50% des gewichteten durchschnittlichen Haushaltseinkommens verdienen, veränderte sich im OECD-Schnitt zwischen 2007 und Ende 2010 dennoch kaum. Denn Konjunkturpakete sowie Steuer- und Transfersysteme milderten die negativen Folgen der Krise bis Ende 2010 für viele Haushalte ab, sodass sich bei den verfügbaren Haushaltseinkommen ein weit geringerer Verlust ergab.

Was sich allerdings veränderte, war die Zusammensetzung jener Gruppe, die als armutsgefährdet gilt: Für Kinder und junge Erwachsene erhöhte sich das Armutsrisiko 2007-2010 im OECD-Schnitt um ein bis zwei Prozentpunkte, für ältere Menschen sank es um drei Prozentpunkte. Letzteres ist einem statistischen Effekt geschuldet, weil die Armut im Verhältnis zum Durchschnittshaushaltseinkommen gemessen wird: Die Pensionshöhe stagnierte, während die Markteinkommen besonders in den Krisenstaaten stark fielen, sodass die PensionistInnen relativ reicher und damit weniger armutsgefährdet wurden.